

# Linksblick

**DIE LINKE.**

## Gerechteres Wohnen: Jetzt geht's los!

◀ Immer wieder hatte die Fraktion DIE LINKE. Im Rat der Stadt Greven die Gründung einer städtischen Wohnbaugesellschaft gefordert, jetzt ist sie beschlossen

Endlich! Die Gründung einer städtischen Wohnbaugesellschaft ist beschlossen. Bis zum 1. Juli dieses Jahres muss ein Konzept vorliegen, dann geht es an die Gründung. Jahrelang hatte die Fraktion DIE LINKE. Im Rat der Stadt Greven genau darauf gedrängt, um den Grevener Wohnungsmarkt gerechter und für alle zugänglich zu machen.

Seit Jahren ist bekannt, dass die Situation auf Grevens Wohnungsmarkt äußerst angespannt ist. Laut Stadtverwaltung werden in zehn Jahren etwa 2200 neue Wohnungen gebraucht, um den Bedarf zu decken. Davon sollen 474 Mietwohnungen gefördert werden. Doch die Entwicklung zeigt: Dieser Bedarf tritt nicht erst 2030, sondern viel früher ein, die Einwohnerzahl steigt nämlich stärker als geplant. Die Prognose für 2030 ging von 39000 Einwohnern aus, diese Zahl wird schon in diesem oder nächsten Jahr erreicht.

Thomas Hudalla, Fraktionsvorsitzender der Grevener LINKEN forderte deshalb auch in seiner Rede zum Haushalt im Jahr 2018: „Bezahlbarer Wohnraum muss in der Verwaltung endlich zur Chefsache werden.“

Einen großen Beitrag zur Schaffung von günstigem Wohnraum wird die Gründung einer städtischen Wohnbaugesellschaft leisten. Städtische Grundstücke können in diese überführt werden und die Gesellschaft selbst kann Grundstücke ankaufen und mit günstigen Wohnungen bebauen. Es gehe dabei auch um wichtige Themen, die bewältigt werden müssen, wie Nachverdichtung, die Entwicklung der Ortsmitte in

Reckenfeld, die Nachnutzung der Liegenschaften des TBG und andere Grundstücke, so Hudalla. „Als gewählte Volksvertreter sollten wir bei all diesen Entscheidungen immer das große Ganze im Blick haben und nicht nur den eigenen Gartenzaun.“

Dass nun die Gründung einer städtischen Wohnbaugesellschaft kommen wird, liegt auch daran, dass sich der politische Wille, gegen die Stimmen der CDU und gegen die jahrelange Blockade des Bürgermeisters, durchgesetzt hat. In Greven fehlt es an Wohnungen, die sich auch jene leisten können, die nicht gerade im Geld schwimmen. Die sogar große Mühe haben, den Alltag zu finanzieren. Nach Erkenntnissen der Stadtverwaltung haben rund 21 Prozent der Haushalte in Greven ein so knappes Monatseinkommen, dass sie sich keine frei finanzierte

◀ Liebe Leserinnen, liebe Leser,

was machen Politiker eigentlich im Rat? In unseren Linksblick erfahren Sie, wie die Fraktion DIE LINKE. Im Rat der Stadt Greven versucht, unsere Stadt lebenswerter und gerechter zu machen. Wir kümmern uns um brisante Themen wie Wohnungsnot, Armut, soziale Gerechtigkeit, aber auch um Alltagsprobleme wie den Eichenprozessionsspinner oder die Schulreinigung. Viel Spaß beim Lesen.

Ihr Thomas Hudalla,  
Fraktionsvorsitzender

Wohnung leisten können – oder nur unter größten Mühen. Warum sich der Bürgermeister, die Stadtverwaltung und die CDU trotzdem gegen die Gründung einer Wohnbaugesellschaft stemmen, können wohl nur diese beantworten.



## Mit Förderquote aktiv eingreifen!

◀ Oft heißt es ja, der Markt regle den Wohnungsmarkt. Doch wenn Greven eine Stadt für „Alle“ bleiben soll, müssen wir umgehend und energisch handeln. Denn das Problem Wohnungsnot löst sich eben nicht von allein. Viele Grevener können schon jetzt nicht mehr oder nur unter großen Mühen das Wohnen in Greven finanzieren. Dies betrifft vor allen Dingen, aber nicht ausschließlich Alleinerziehende, junge Familien und Senioren.

Wer sich in den letzten Jahren um eine Wohnung bemüht hat kennt das Problem, mit Dutzenden anderen Bewerbern konkurrieren zu müssen.

Auf einem Hearing der Stadt Greven machten Experten deutlich, dass - nur um den heutigen

Anteil an öffentlich geförderten Wohnungen zu halten – jedes Jahr mindestens 60 geförderte Wohnungen gebaut werden müssen.

Deshalb forderten wir als Fraktion DIE LINKE., dass die Stadt Greven festschreibt, bei allen, nicht rein privaten, Bauunternehmungen eine Quote von 40% für öffentlich geförderten Wohnraum festzuschreiben. Das heißt in der Praxis, dass 40% der Wohnfläche eines Hauses öffentlich gefördert sein müssen. Bei 1000 qm wären davon also 400 qm öffentlich gefördert, wie die Wohnungen aufgeteilt sind (4 x100qm oder 8 x50 qm) ist dabei unerheblich.

Im Rat haben wir jetzt gegen die CDU beschlossen, dass der Vorhabenträger bei Bauvorhaben

mindestens 35 % der entstehenden Nettowohnfläche als öffentlich geförderten Wohnraum realisieren muss. Die Absenkung um 5% ist einem Kompromiss mit der SPD geschuldet, denen lediglich eine Quote von 30% vorschwebte.

**Bezahlbare Miete  
statt fatter  
Rendite!**

## Der Dreck muss weg!

◀ **Wenn Schüler, Lehrer und Eltern ihre Klassen und Turnhallen selber putzen müssen, läuft etwas schief.**

Das Engagement der Grevenener ist wirklich bemerkenswert. Da sind Schulklassen und Turnhal-

len dreckig und die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen, Lehrer und Eltern packen an und machen sauber. Doch das darf kein Dauerzustand sein. Denn immerhin gibt es ja eine Reinigungsfirma, die eigentlich dafür zuständig ist. Aber in den letzten Wochen ist mehr und mehr offensichtlich geworden, dass die beauftragten Reinigungsarbeiten immer wieder entweder gar nicht oder nicht sachgerecht durchgeführt wurden. Wir finden: Dieses ist nicht akzeptabel. Die Reinigungsfirma hat ihren Teil der geschlossenen Verträge nicht oder nur unzureichend erfüllt. Von daher hat die Fraktion DIE LINKE., den Antrag gestellt, eine Sonderkündigung zu prüfen.

Wir fordern Folgendes:

1: Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die aktuellen Verträge mit der beauftragten Reinigungsfirma wegen Nichterfüllung der Pflichten gekündigt werden können. Wenn dem so ist, werden die Verträge gekündigt.

2: Sobald die Verträge beendet sind, stellt die Stadt Greven eigene Reinigungskräfte sozialversicherungspflichtig unbefristet ein. Die Reinigungskräfte sind nach Tarif zu vergüten.

3: Als Sofortmaßnahme werden zwei Reinigungskräfte sozialversicherungspflichtig unbefristet eingestellt, um die nicht erbrachten Leistungen der zurzeit beauftragten Reinigungsfirma zu erledigen.

Wir hoffen, dass der Antrag möglichst schnell und zügig bearbeitet - und bewilligt wird. Denn eigentlich sind sich in diesem Fall alle Parteien einig. Wir brauchen saubere Turnhallen und Schulen.



## Zuschauen nicht erwünscht?

◀ **Antrag auf Internetübertragung der Ratssitzungen abgelehnt**

Transparenz in der Politik ist wichtig und für die Demokratie ein wichtiges Gut. Nicht jeder Bürger hat die Möglichkeit, an einer Sitzung des Rates teilzunehmen. Sei es aus Zeitgründen oder fehlender Mobilität. Wie gut, dass es mittlerweile das Internet gibt, dass eine Übertragung nach Hause ganz einfach möglich macht. Also beantragte DIE LINKE. eine Satzungsergänzung des § 6 der Geschäftsordnung des Rates, die zum Beispiel in der Stadt Düsseldorf schon jahrelange Praxis ist:

(5) Jede öffentliche Sitzung des Rates wird zeitgleich im Internet übertragen, gespeichert und zum nachträglichen Abruf im Internet zur Verfügung gestellt. Die Abrufmöglichkeit endet mit der Genehmigung der Niederschrift der betreffenden Sitzung durch den Rat.

(6) Jedes Ratsmitglied soll zu Beginn seiner Mandatstätigkeit gegenüber dem Bürgermeister eine schriftliche Erklärung dazu abgeben, ob es mit der zeitgleichen Übertragung der eigenen Redebeiträge im Internet und deren Speicherung zum nachträglichen Abruf einverstanden ist. Das Einverständnis kann auf die zeitgleiche Übertragung beschränkt werden. Bei Einwilligung sollen die Ratsmitglieder angeben, dass sie sich der Reichweite der öffentlichen Verbreitung bewusst sind und in ihrem Redebeitrag personenbezogene Daten und andere

sensible Informationen nur unter Berücksichtigung dieser Reichweite verwenden. Wird keine Erklärung abgegeben, gilt die Einwilligung als verweigert.

Die Erklärung kann während der Mandatstätigkeit jederzeit schriftlich gegenüber dem Bürgermeister nachträglich abgegeben, widerrufen oder geändert werden. Die Einwilligung kann im Einzelfall für eine Ratssitzung oder für einzelne Tagesordnungspunkte einer Ratssitzung mündlich gegenüber dem Bürgermeister bzw. der Sitzungsleitung widerrufen werden. Der Widerruf ist zu protokollieren.

(7) Die Kameraperspektive ist während der Redebeiträge auf die Ratsmitglieder beschränkt. Äußerungen der Sitzungsleitung werden dabei über den Tonkanal übertragen.

Hat eine Person der Übertragung ihrer Redebeiträge nicht zugestimmt, werden Bild und Ton ausgeblendet. Eine Totale des Ratssaals wird z.B. bei Erläuterungen der Sitzungsleitung, bei Ehrungen und Abstimmungen gezeigt. Nahaufnahmen sind nicht zulässig. Hat eine Person der Speicherung ihrer Redebeiträge nicht zugestimmt, wird die Aufzeichnung entsprechend geschnitten.

(8) Der Bürgermeister weist am Anfang jeder Ratssitzung auf die zeitgleiche Übertragung im Internet und die nachträgliche Abrufmöglichkeit hin.

(9) Um Barrierefreiheit herzustellen, werden Gebärdendolmetscher die Sitzungen live übersetzen.

Leider war den meisten Ratsmitgliedern die Transparenz unserer Arbeit nicht so wichtig. Bis auf die Freien Wähler stimmten alle anderen Parteien gegen unseren Antrag für ein Stück mehr Demokratie.



## Haushalt 2020 – DIE LINKE stimmt zu

◀ **Natürlich könnte man meinen, dass DIE LINKE als kleine Partei, die im Bund in der Opposition ist, sich auch in Greven in dieser Rolle befindet. Während auf Bundesebene die großen Themen von Mindestlohn bis zur Vermögensteuer debattiert werden, geht es in Greven darum, vor Ort für die Menschen etwas zu verbessern. Und das tun wir und gestalten mit seit Jahren.**

Gemeinsam mit SPD, Grünen, FDP und Reckenfeld direkt hat sich die Linksfraktion intensiv mit dem Haushalt für das kommende Jahr befasst. Im Grunde genommen ist es die Fortschreibung der Haushalte der letzten Jahre, die zu einem positiven Gesamtergebnis der städtischen Finanzen – gegen die Stimmen der CDU – geführt hat. Die CDU hat in der Vergangenheit immer nur dann mitgestimmt, nachdem wir die unangenehmen Entscheidungen wie Steuererhöhungen usw. beschlossen haben.

In dem Geiste, nicht nur zu verwalten, sondern auch zu gestalten, haben wir uns diesseits der CDU ernsthaft mit diesem Zahlenwerk auseinandergesetzt. Gemeinsam haben wir beschlossen, insgesamt 150.000 EUR bereitzustellen, um im Jahr 2020 eine städtische Wohnbaugesellschaft

zu gründen. Des Weiteren haben wir 500.000 EUR für die Förderung von Maßnahmen zum Ausbau von Rad-, Fuß-, und öffentlichen Personennahverkehrs in den Haushalt eingestellt, um konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz und die Mobilität der Menschen in unserer Stadt zu verbessern.

Weiterhin investieren wir mit diesem Haushalt weiterhin in unseren Schulstandort Greven. Im Jahr 2019 konnte die Mensa an der Gesamtschule eingeweiht werden. Und es geht weiter natürlich weiter mit Umbaumaßnahmen an der Gesamtschule und die Fertigstellung der Außenanlagen.

Ob unser Rathaus saniert werden kann oder ob doch eventuell ein kompletter Neubau entstehen soll, weil das alte Gebäude so massiv geschädigt ist, wird sich zu Beginn des Jahres 2020 herausstellen. Auch hierfür stellt der Haushalt 2020 die notwendigen Weichen.

Weiterhin haben wir gemeinsam gegen die CDU die Mittel für laufende Ersatz- und Erneuerungsmaßnahmen auf unseren Spielplätzen - wie im letzten Jahr auch schon - von 80.000 EUR auf 100.000 EUR erhöht.

Um den Eichenprozessionsspinner neben bereits beschlossenen Maßnahmen auch präventiv zu bekämpfen, werden 5000 EUR auf Antrag der



LINKEN bereitgestellt, damit Nistkästen gekauft und kostenlos an Schulen, Kindergärten, Spielplätzen und weiteren besonders vom Befall betroffenen Gebieten in Greven aufzustellen. Andere Städte machen uns dies vor – auf Antrag der LINKEN zieht die Stadt Greven nach.

Andere Städte machen es uns auch hier vor – auf Antrag der LINKEN zieht Greven auch hier nach. Für 2020 wurde beschlossen, dass für Hunde, die aus regionalen Tierheimen übernommen wurden und innerhalb von vier Wochen bei der Stadt angemeldet werden, für die ersten zwei Jahre von der Hundesteuer befreit werden. So unterstützen und entlasten wir unsere Tierheime in der Region und unterstützen Halter, die diesen Hunden eine zweite Chance geben. Zu Beginn 2020 muss die Satzung der Stadt Greven noch geändert werden. Hier erwarten wir wieder einige Fouls der CDU.

## Haariges Sommerthema beendet?

◀ **Fraktion DIE LINKE. beantragte Haushaltsmittel für das Verteilen von Nistkästen. Damit will man Fressfeinde des Eichenprozessionsspinners anlocken.**

Es war wieder eines der großen Sommerthemen: Die Ausbreitung der Raupen des Eichenprozessionsspinners (EPS) dessen gefährliche Haare zu schweren allergischen Reaktionen führen und die Schwierigkeiten bei der Bekämpfung.

In den vergangenen Jahren hat sich die Art regelmäßig stark entwickelt und Probleme verursacht. An bestimmten, stark frequentierten Stellen – wie zum Beispiel in Parks, an Wanderwegen oder auf Rastplätzen – war es notwendig, den Eichenprozessionsspinner zu bekämpfen. Dafür haben sich in der Praxis unterschiedliche Maßnahmen etabliert, um die Gefahr für den Menschen zu minimieren. Das Hauptaugenmerk lag auf Bekämpfungsmaßnahmen, die die giftigen Haare der Raupen entfernen. Doch wir wollen vor allem auf Prophylaxe setzen, also vorsorglich handeln. Statt noch nicht etablierte chemische Verfahren zu testen, sollten wir die natürlichen Fressfeinde stärken, um so der Ausbreitung des EPS Herr zu werden. In den Niederlanden ist dieses Vorgehen längst bewährt. Wir möchten die Fressfeinde der Raupe anlocken, in dem wir eine große Zahl von Nistkästen für Kohlmeisen

anbringen wollen. Die Stadt Emsdetten geht bereits diesen Weg und wird die Anzahl ihrer Nistkästen weiter erhöhen. Im Betriebsausschusses der Stadt Greven wurde auch mit der Unterstützung des Vertreters der Linksfraktion die Anschaffung eines Hubsteigers und die Einstellung einer Fachkraft für Baumpflege beschlossen, um die Bekämpfung des EPS künftig durch Absaugen schnell und effektiv zu gestalten.

In diesem Rahmen beantragte die Fraktion DIE LINKE., zusätzlich zu diesen Maßnahmen 5000 EUR für den kommenden Haushalt einzustellen,



um Nistkästen anzuschaffen, die an Eichen auf dem Stadtgebiet angebracht werden. In dem Antrag der Linksfraktion hieß es wörtlich: „Die Nistkästen werden an interessierte Bürgerinnen und Bürger kostenfrei, mit beigelegten Informationen zur Pflege der Kästen und der Gestaltung eines ökologischen, insektenfreundlichen Gartens abgegeben. Schulen könnten bei der Verteilung einbezogen werden, zusätzlich sollte die Stadt Greven Pflege-Patenschaften für Nistkästen mit Partnern aus der Gesellschaft, nach dem Vorbild von Lüdinghausen anstreben.“

Der Antrag, den unser Ausschussmitglied Dominik Uhlenhake im Betriebsausschuss erläutert, wurde zunächst von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Die LINKE im Rat der Stadt gibt aber nicht auf. So wurde das Thema von uns bei den Haushaltsberatungen wieder auf die Tagesordnung gesetzt und nun endlich nur gegen die Stimmen der CDU beschlossen, 5000 EUR für die Anschaffung von Nistkästen bereitzustellen. Diese sollen von der Stadt dann so schnell wie möglich an Schulen, Kitas, öffentlichen Plätzen und weiteren befallenen Orten im Stadtgebiet aufgehängt werden.

Prävention ist wichtig. Und wir als Linksfraktion werden auf Umsetzung drängen.

## Armut sichtbar machen

◀ **Bedrückende Zahlen auch in Greven. Linksfraktion Greven forderte einen jährlichen Armutsbericht – der kommt jetzt.**

Oberflächlich betrachtet läuft es gerade gut in Greven. Die Stadt im Speckgürtel von Münster gilt als „Boomtown“. Viele Wohngebiete entstehen, Grevens Bevölkerung wächst. Doch das heißt auch, dass immer mehr Menschen auf den Wohnungsmarkt drängen. Die Folge: Wohnen wird immer teurer. Das, was nach Abzug der Miete und der Nebenkosten zum Leben übrigbleibt, wird immer weniger. Dazu kommen die Faktoren, die in ganz Deutschland für den Anstieg von Armut mitverantwortlich sind: systematische Kleinrechnen von HartzIV-Regelsätzen, Leiharbeit und Ausweitung des Niedriglohnbereichs.

33,2 Prozent der Menschen, die als arm gelten, sind erwerbstätig, 24,8 Prozent sind Rentnerinnen und Rentner. Diese Zahlen für Deutschland veröffentlichte der Paritätische Wohlfahrtsverband mit dem Hinweis, dass keine Trendwende sichtbar ist und die Zahlen jährlich steigen. Eine Klatsche für die Bundes- und Landesregierung, denn Armut ist auch immer das Ergebnis politischer Entscheidungen.

Und auch, wenn sie sich auf den ersten Blick nicht erschließt, in Greven gibt es Armut. Allein über 1105 Kinder sind arm. Es sind erschreckende Zahlen, die jeden Kommunalpolitiker wachrütteln müsste. Auch das Thema Altersarmut und insbesondere die in diesem Zusammenhang verdeckte Armut wird uns in Zukunft immer mehr beschäftigen. Immer mehr Rentnerinnen und Rentner haben zu wenig Geld zur Verfügung, schlagen aber etwa aufgrund von Scham- und Diskriminierungserfahrungen und aus Angst vor gesellschaftlicher Ächtung jede



staatliche Unterstützung aus und ziehen sich gesellschaftlich zurück.

Damit das Thema deutlicher in den Fokus des politischen und öffentlichen Bewusstseins rückt und belegbare Zahlen für mehr Klarheit sorgen, forderten wir, die Fraktion DIE LINKE., die Veröffentlichung eines jährlichen Armutsberichts. Dieser soll nicht Anklage, sondern vielmehr Anregung und Diskussionsgrundlage für die sozialpolitische und gesellschaftliche Debatte über soziale Ungleichheit und Chancengerechtigkeit in unserer Stadtgesellschaft sein. Wir wollen den städtischen Handlungsspielraum nutzen, um soziale Problemlagen abzufedern und unsere Stadt auch für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen lebenswert zu gestalten. Der Sozialausschuss folgte dem Antrag der Linksfraktion einstimmig. Im März 2020 wird der erste Armutsbericht für die Stadt Greven veröffentlicht. Wir werden dafür kämpfen, dass wir den bedrückenden Zahlen politische Lösungen entgegensetzen. Denn, dass in Greven mehr als 1100 Kinder in Armut leben, darf einfach nicht sein.

## Unverkäuflich: Unsere Daten

◀ **Meldebehörden dürfen in Deutschland nach dem Bundesmeldegesetz Daten über gemeldete Personen an verschiedene Interessenten übermitteln und verkaufen.**

Für die meisten dieser Fälle schützt nur ein Widerspruch. Viele Bürgerinnen und Bürger wissen aber weder davon, dass Daten durch die Stadt übermittelt werden dürfen, noch von der Möglichkeit des Widerspruchs. Daten dürfen nach dem Bundesmeldegesetz weitergegeben werden an: das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (§36 Abs. 2); öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften; von Familienangehörigen der Mitglieder, die nicht derselben oder keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören (§42 Abs. 2); Parteien, Wählergruppen und andere Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene (§50 Abs. 1); Presse oder Rundfunk sowie Mandatsträgern über Alters- oder Ehejubiläen (§50 Abs. 2); Adressbuchverlage (§50 Abs. 3).

Wir, DIE LINKE. möchten eine grundsätzliche Regel zum Schutz unserer Daten festschreiben. Wir beantragen deshalb Folgendes: Die Stadt Greven verkauft keine Datensätze der in Greven gemeldeten Bürgerinnen und Bürger an Dritte. Die Stadt Greven informiert betroffene Bürgerinnen und Bürger, ob und an wen entsprechende Daten verkauft bzw. übermittelt worden sind.

Bislang wurde dieser Antrag noch nicht bearbeitet. Wir bleiben aber am Thema Datensicherheit dran.

## VHS – wirklich für das ganze Volk?

◀ **Der Name ist Programm. Die Volkshochschule (VHS) will keine elitäre Lehranstalt für einige Wenige sein. Sie soll allen Menschen die Möglichkeit bieten, sich fort- und weiterzubilden.**

Die Möglichkeit zur Teilnahme an VHS-Kursen ist damit ein Teil der kulturellen Teilhabe, die jedem Menschen zusteht. Aus diesem Grund bietet die VHS auch Vergünstigungen für Menschen mit besonderen Belastungen an. Das ist gut so. Doch leider werden einige Angebote des Programmes davon explizit ausgenommen. Dies gilt für die Bereiche EDV, Seminare, Wanderungen und Einzelveranstaltungen. Wir finden das ungerecht. Denn für uns gehört zur Teilhabe auch die Möglichkeit, Ermäßigungen diskrimi-

nierungsfrei in Anspruch nehmen zu können. Dazu gehört auch, dass die Hürden zur Teilhabe möglichst niedrig gehalten werden und dazu gehört nicht, dass viele Leute durch fehlende Ermäßigung von Angeboten abgehalten werden. DIE LINKE. Im Rat der Stadt Greven fordert deshalb:

1. Der „Solipass“ soll als Nachweis zur Berechtigung ausreichen. Ein Vorzeigen des Regelbescheides entfällt.
2. Aufnahme der Ehrenamtskarte mit 30% in den Katalog der Ermäßigungsgründe.
3. Aufnahme der Bereiche EDV, Seminare, Wanderungen, Einzelveranstaltungen und Wanderungen in die ermäßigungs-fähigen Veranstaltungen. Bislang wurde dieser Antrag nicht bearbeitet – wir machen weiterhin Druck, damit niemand zurückbleibt!





## Schwarz-Grün in Greven? Bitte nicht.

Ein Kommentar von Thomas Hudalla

◀ Von Mitte 2018 bis Sommer 2019 schien sich nach dem Austritt des Ratsmitgliedes Michael Zweihaus aus der SPD und dem halbherzigen Wechsel zu den Grünen (Mitglied der Partei aber nicht der Fraktion) dauerhaft eine neue Ratsmehrheit finden zu wollen. CDU und Grüne haben nun mit Zweihaus eine Ein-Stimmen-Mehrheit im Stadtrat. Die bunte Koalition aus SPD, Grünen, LINKEN, FDP und Reckenfeld direkt war

Natürlich ist dies in einer Demokratie legitim. Doch was tut schwarz-grün mit der neuen Mehrheit als erstes? Den Wirtschaftsstandort schädigen und eine gut funktionierende Wirtschaftsförderung vor die Wand fahren.

Statt Schaden von der Stadt Greven abzuwenden, wofür wir uns alle zu Beginn der Wahlperiode verpflichtet haben, richten sie Schaden an und zerstören Vertrauen.

Schon in der Vergangenheit hat diese Konstellation bewiesen, dass sie bei wichtigen Zukunftsfragen nicht gut für Greven ist.

Als die Stadt die Möglichkeit hatte in der Wüste Grundstücke zu erwerben und steuernd auch dort für günstigen Wohnraum zu sorgen, war schwarz-grün dagegen. Die heutige Entwicklung der Preise kennen wir Grevener.

Auch die Abschaffung der Stelle des Technischen Beigeordneten, den wir in einer so schnell wachsenden Stadt gut gebrauchen könnten, hat schwarz-grün zu verantworten. Der Fachbereich der Stadtentwicklung im Rathaus hätte von dieser Stelle profitiert.

Langsam aber sicher scheint es den Grünen zu dämmern: Mit der Grevener CDU, die politisch eher ein Ableger der reaktionären Werte-Union zu sein scheint, ist keine zukunftsorientierte Politik zu machen.

Eine CDU, die gegen die Schaffung von günstigem Wohnraum ist, frei nach dem Motto ihres stellv. Fraktionsvorsitzenden Hennigfeld: „Der Markt wird's richten.“ Nein, der Markt richtet es nicht. Es ist unsere Aufgabe als Politiker, für alle Bürgerinnen und Bürger da zu sein und nicht für die Profitinteressen einiger weniger Investo-

ren. Gegen die CDU haben wir gemeinsam die Wohnbaugesellschaft auf den Weg gebracht. Gegen die CDU haben wir eine Quote für öffentlich geförderten Wohnraum beschlossen.

Gegen die CDU wurde für Greven ein Wertstoffhof beschlossen und steht nun den Bürgern zur Verfügung. Gegen die CDU haben wir Mittel für Kultur und Jugend erhöht. Gegen die CDU wurden in der Verwaltung mehr Stellen geschaffen, um die wichtigen Themen abzuarbeiten.

Gegen die CDU haben wir auch unpopuläre Entscheidungen getroffen, wie den städtischen Haushalt konsolidiert und - das gehört zur Wahrheit dazu – aus der Not heraus auch Steuern erhöht.

Dadurch steht Greven heute finanziell so gut da wie schon lange nicht mehr und wir haben endlich das notwendige Geld für Schulsanierungen und viele andere wichtige Dinge.

Wäre es nach dieser CDU gegangen, wäre all das nicht passiert. Und vieles, was wir nun auf den Weg gebracht haben und bringen, würde ewig in der Warteschleife hängen.

Die Grünen müssen sich entscheiden, ob sie mit dieser CDU koalieren wollen. Ein klares Nein haben wir nicht gehört. So sollte jeder Bürger, der mit der Überlegung schlafen geht, die Grünen zu wählen, bedenken, dass es passieren kann, mit dieser bremsenden Merz-CDU aufzuwachen.

Es macht halt einen Unterschied, ob die LINKE in diesem Rat vertreten ist und mitentscheidet oder Sie sich auf diese CDU verlassen. Wir als Fraktion DIE LINKE sind weiterhin bereit, unsere schöne Stadt sozialer und damit noch lebens- und liebenswerter zu machen.



## Wer wird's?

◀ In diesem Jahr sind Bürgermeisterwahlen. Noch ist alles offen, auch für DIE LINKE

Eigentlich steht nur eines fest: Peter Vennemeyer wird es nicht. Der langjährige Bürgermeister wird nicht mehr kandidieren. „Wir zollen ihm für seine Entscheidung Respekt und danken ihm für seine Arbeit als Bürgermeister in Greven“, so die Linksfraktion in einer Stellungnahme zu Vennemeyers Ankündigung, 2020 nicht mehr zur Verfügung zu stehen.

Weiter heißt es: „Auch wenn DIE LINKE im Jahr 2014 Vennemeyer gegen den damaligen rechtskonservativen Kandidaten der CDU unterstützt hat, gibt es 2020 keinen Automatismus. Wir werden die baldigen Kandidaturen der anderen Parteien mit großem Interesse beobachten, um dann zu entscheiden, ob wir eine eigene Bürgermeisterkandidatur anstreben oder mit anderen Parteien eine geeignete Person für dieses wichtige Amt unterstützen werden.“

## Wegwerfen statt wiederverwerten

◀ **Gegen unseren Antrag: Die Abholkarte ist da. Ab sofort gibt es keine festen Sperrmüll-Termine mehr.**

Alle reden von Nachhaltigkeit, vom Schonen der Ressourcen – doch vor der eigenen Haustür ist es dann mit dem Reden auch schon getan. So beschloss der Rat der Stadt Greven, gegen die Stimmen der Linksfraktion, jetzt eine Änderung bei der Sperrgut-Abholung, die dafür sorgen wird, dass auch gut erhaltener Sperrmüll einfach entsorgt statt von Sammlern recycelt wird. Aloys Wilpsbäumer, der ehemalige Leiter der Technischen Betriebe Greven (TBG) hatte das bisherige System, der viermaligen Abholung an festen Terminen, als nicht mehr geeignet angesehen, den „extremen Auswüchsen bei der Menge des Mülls“ Herr zu werden. Es gebe Defizite bei der Sauberkeit der Stadt und auch immer wieder Probleme mit den Sammlern, so der ehemalige TBG-Leiter. Auch Bauabfälle, Gewerbeabfälle und Hausmüll würden an diesen Tagen unerlaubt an der Straße abgestellt. Er forderte deshalb ein Anforderungsmodell, bei dem die Bürgerinnen und Bürger mithilfe einer Anforderungskarte die Abholung ihres Sperrgutes quasi bestellen könnten.

Was bei dieser Idee aber nicht miteinbezogen wird, ist Folgendes: Schon heute wird Müll immer wieder wild entsorgt. Eine Zunahme der wilden Entsorgung nach dem Wegfall der regelmäßigen Sperrgutabfuhr und einer Einführung einer möglichen Abholkarte ist zu befürchten. Außerdem würden Materialien, die vielleicht noch nutzbar sind, direkt in den Müll gehen,

statt von Sammlern recycelt zu werden. Das widerspricht der Idee der Nachhaltigkeit. Dominik Uhlenhake (Linksfraktion) setzte sich deshalb für das so genannte „Karlsruher Modell“ ein. Demnach gibt es einmal im Jahr festgelegte Abholtermine für den Straßensperrmüll. Zusätzlich kann jeder Haushalt einmal im Jahr einen Termin nach eigenem Bedarf aus drei verschiedenen Terminvorschlägen wählen. „Viele, Menschen, nicht nur die mit einem schmalen Geldbeutel, konnten immer wieder gut erhaltene Dinge aus dem Sperrmüll retten. Gerade heute in Zeiten des Klimawandels und dem immer größer werdenden Bewusstsein, mit unseren Ressourcen schonend umzugehen, sollte unserer Meinung nach zumindest ein jährlicher fester Termin, wie in der Vergangenheit, bestehen bleiben.“

Doch auch diesem Kompromiss wurde von den anderen Fraktionen von CDU bis SPD nicht zu-

gestimmt. Ab sofort kann der Sperrmüll nur noch auf Bestellung abgeholt werden. Wir als Linksfraktion finden, das entspricht nicht einem Abfallkonzept, das eine wirtschaftliche, ressourcenschonende und zukunftsweisende Abfallentsorgung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Greven ab dem Jahr 2020 sicherstellt – dabei sollte es genau die Aufgabe dieses Konzeptes eigentlich sein. „Wir halten diese Entscheidung, die Sperrmüllabfuhr von einer allgemeinen Abfuhr hin zu einem Anmeldesystem für nicht für zu Ende gedacht“, so Ratsmitglied Dirk Nolte. „Jeder Bürger muss ab sofort jeden Gegenstand des Sperrgutes vorher genau angeben. Was passiert aber mit dem Müll, der von anderen einfach dazu gestellt wird? Wer ist dann für die Entsorgung zuständig, der Anmelde-der?“ Diese Frage konnte die Verwaltung auch nicht beantworten.



## Steuererleichterung für Tierheim-Hunde

◀ **Gerade nach Weihnachten ist es besonders eng. Viele Tierheime sind am Rande ihrer finanziellen und räumlichen Kapazitäten. Doch was kann man gegen die Überfüllung tun? Wie kann man einen Anreiz schaffen, ein Tier aus dem Tierschutz aufzunehmen, um damit die Tierheime zu entlasten?**

Die Linksfraktion war der Meinung, dass die Vermittlung von Hunden aus Tierheimen möglichst attraktiv zu gestalten ist. Deshalb beantragte sie im Sinne des Tierwohls eine vorübergehende Hundesteuerbefreiung für Halter, die sich für einen Tierheim-Hund entschieden und ihn übernommen haben. Andere Städte in NRW (z.B. Bochum, Duisburg, Lohne) gehen

bereits diesen Weg, um die Aufenthaltszeit für Hunde in Tierheimen möglichst kurz zu halten. Jetzt schließt sich auch Greven an: Unser Antrag wurde angenommen. Die Hundesteuerbefreiung der Stadt Greven wird in §3 (Steuerbefreiung) wie folgt ergänzt: „Für Hunde, die der Halter mit Nachweis aus einem regionalen Tierheim übernommen hat, ist die Hundesteuer für zwei Jahre auszusetzen, sofern der Hund innerhalb von vier Wochen nach Übernahme bei der Stadt Greven angemeldet worden ist.“ Die Satzungsänderung muss noch beschlossen werden.

## Umgang mit der Wirtschaftsförderung in Greven – ein Schmierentheater.

◀ Mitte 2018 starteten CDU und Grüne den Versuch, den Vertrag des Geschäftsführers der Grevener Wirtschaftsförderungsgesellschaft (GFW) Deimann nicht zu verlängern und damit verbunden das aus der GFW zu beschließen, ohne vorab mit den anderen Gesellschaftern oder den anderen Fraktionen darüber zu beraten.

Aber warum? Laut dem Grünen Köster-Kraft sei die Arbeit der GFW schlecht und wir brauchen etwas Neues. Wenn denn die Arbeit angeblich so schlecht ist, fragen wir als Fraktion DIE LINKE uns dann aber doch, warum genau dieser Köster-Kraft im Aufsichtsrat der GFW immer wieder gute Arbeit bescheinigt hat.

Wer sich die Mühe macht und die Geschäftsberichte der letzte Jahre anschaut, kann erkennen, dass der Aufsichtsrat einstimmig der GFW und ihrem Geschäftsführer gute Arbeit bescheinigt und ein weiter so beschlossen hat. CDU und Grüne sind darin vertreten.

Und die CDU? Auf der einen Seite wirft der Fraktionsvorsitzende Diesfeld der GFW und Herrn Deimann eine zu große Nähe zur Verwaltung vor, auf der anderen Seite wollen sie die GFW auflösen und die Wirtschaftsförderung in die Verwaltung holen. Widersprüchlich sagen sie? Wir als Linksfraktion auch. Beide, CDU und Grüne, haben diese Widersprüche bis heute nicht aus dem Weg räumen können.

Danach hat der Rat im Sommer 2018 mehrheitlich einen Kompromiss beschlossen, um CDU und Grüne einzubinden.

Vertragsverlängerung auf drei Jahre statt bisher fünf und eine externe Begleitung, um ergebnisoffen über die Zukunft der Grevener Wirtschaftsförderung zu beraten. Wir als Linksfraktion haben diesen Beschluss für richtig gehalten



und tun dies immer noch, weil er vernünftig ist.

CDU und Grüne starteten dann nochmal einen Versuch, die notwendigen Mittel für eine externe Beratung zu streichen, einen Wirtschaftsförderungsausschuss gründen (den wir schon immer hatten) und eine Stabsstelle Wirtschaftsförderung in der Verwaltung schaffen, um danach in einen Beratungsprozess einzusteigen, wie es mit der Wirtschaftsförderung weitergehen soll. Sie wollten den zweiten vor dem notwendigen ersten Schritt machen. Und sind an den anderen Fraktionen gescheitert. Hier hat die Vernunft gesiegt.

Und das macht eins deutlich: Bei diesem Thema ging es CDU und Grünen scheinbar nicht um die Wirtschaftsförderung, sondern um ihren Klein-

krieg gegen den Bürgermeister mit festem Blick auf die Kommunalwahl. Den Wirtschaftsstandort Greven aus persönlichen Befindlichkeiten und wahltaktischen Gründen zu schädigen, war und ist unverantwortlich.

Diese externen Profis haben unserem Vorgehen übrigens in Jahr 2019 recht gegeben. Erst müssen wir uns darüber im Klaren sein, was Wirtschaftsförderung in Zukunft leisten soll und am Ende des Prozesses steht erst die Entscheidung an, in welcher Form dies stattfinden wird. Entweder weiterhin eine GmbH oder letztendlich eine Stabsstelle innerhalb der Stadtverwaltung. CDU und verantwortliche Wirtschaftspolitik in Greven? Das kann die Fraktion DIE LINKE besser.

## Verpachten statt verschachern

◀ Was weg ist, ist weg. Das ist zwar nur eine oft gesagte Redensart, aber leider ist sie vor allem dann wahr, wenn es um so etwas wichtiges geht wie öffentliche Flächen.

Wir, die Linksfraktion, denken: Wohnen ist ein Menschenrecht und muss dem Markt und Profit entzogen werden.

Durch den Verkauf öffentlicher Flächen wird der Besitz und der Einfluss der Kommune geschmälert, um private Profitinteressen zu unterstützen. Aus diesem Grunde haben wir beantragt, dass sich die Stadt Greven verpflichtet, keinen öffentlichen Grund und Boden zu veräußern, der für Wohnraum bestimmt ist. Stattdessen soll ein Erbbaurecht gewährt werden.

Zukünftig sollen Grundstücke entweder direkt durch die Kommune, also auch durch die städti-

sche Wohnbaugesellschaft entwickelt und vermietet werden oder den Bürgerinnen und Bürgern kann beim selber Bauen ein Erbbaurecht gewährt werden. Dadurch kann das kommunale Vermögen geschützt werden. Durch die kommunale Entwicklung von städtischen Flächen kann dem Bedarf an bezahlbaren Wohnraum deutlich besser Rechnung getragen werden. Unser Antrag soll im neuen Jahr bearbeitet werden- wir machen auch weiterhin Druck.

**Bezahlbare Miete  
statt fetter  
Rendite!**

## Freies Surfen in der City

◀ Es hat lange gedauert, doch jetzt wird es tatsächlich kommen: WLAN in der Innenstadt.

Schon 2012 hatte die Linksfraktion einen entsprechenden Antrag gestellt, damit Greven nicht digital abgehängt wird. Erste Accesspoints wurden bereits eingerichtet (Rathaus, Hallenbad, Stadtwerte, Stadtbibliothek, Kulturzentrum GBS, Greven Marketing). In diesem Jahr wird nun auch unsere City digital aufgerüstet. Weitere Accesspoints sind in der Marktstraße, am Marktplatz und beim Emsbeach geplant. Unter greven:free kann jeder den kostenlosen Zugang zum WLAN-Netz nutzen.

## Schulsozialarbeit: Früh die Probleme angehen

◀ Die Herausforderungen, vor denen unsere Schulen stehen, sind groß. Dazu gehören unter anderem die Anforderungen an die Inklusion, die Integration von Flüchtlingskindern und der akute Lehrermangel. Die Lehrer, aber auch Schüler sehen sich also mit gesellschaftlichen Problemen konfrontiert, die mit dem eigentlichen Unterricht gar nichts zu tun haben. Um diese Herausforderungen und die daraus resultierenden Probleme nicht riesig werden zu lassen, ist es sinnvoll, sie früh anzugehen. Das gilt für alle Bereiche des Lebens und ganz besonders für die Schulen. Aus diesem Grund wäre es sinn-

voll, den Schulen Sozialarbeiter beizustellen, die helfen, problematische Entwicklungen bei den Schülern zu entdecken und zu kompensieren bevor diese zu groß werden.

Die Linksfraktion beantragte deshalb, die bei der Stadt Greven angestellten Sozialarbeiter aus dem Bereich Integration sukzessive weiterzubilden und in Kooperation mit den Schulen als Schulsozialarbeiter einzusetzen. Leider wurde dieser Antrag noch nicht bearbeitet. Das heißt: Wieder verstreicht Zeit, in der Probleme größer werden.



## Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Greven:



**Thomas Hudalla:** Ratsmitglied  
 Fraktionsvorsitzender  
 Mitgliedschaften:  
 Rat  
 Sozialausschuss  
 Bezirksausschuss für die Bauerschaften  
 Haupt-/Finanz- und Wirtschaftsausschuss  
 Rechnungsprüfungsausschuss



**Karin Pelster:** Ratsmitglied  
 Mitgliedschaften:  
 Rat  
 Bezirksausschuss für die Ortschaft  
 Reckenfeld



**Dirk Nolte:** Ratsmitglied  
 1.Stellvertretender Fraktionsvorsitzender  
 Mitgliedschaften:  
 Rat  
 Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt  
 Bezirksausschuss für die Ortschaft Gimbte  
 Wahlausschuss  
 Wahlprüfungsausschuss  
 Aufsichtsrat in den Gesellschaften der  
 Stadt Greven



**Moritz Hauschild:** Sachkundiger Bürger  
 Mitgliedschaften:  
 Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport



**Dominik Uhlenhake:** Sachkundiger Bürger  
 Mitgliedschaften:  
 Betriebsausschuss  
 Bezirksausschuss Reckenfeld  
 Jugendhilfeausschuss (beratendes Mitglied)

### ◀ Impressum

VISDP: Thomas Hudalla  
 Herausgeber: Fraktion DIE LINKE im Rat  
 der Stadt Greven  
 48268, Greven  
 Schützenstr. 105

Kontakt  
 Telefon: 02571/9578105  
 Mail: thomashudalla@yahoo.de